



LANDESPARTEITAG SPD BERLIN
PARTEITAG I / 2014

Antrag 54/I/2014

Beschluss

Überweisung an AH-Fraktion

SGK Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Zweckentfremdungsverbotsverordnung darf nicht scheitern!

Der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert,

- umgehend den realistischen Personalmehrbedarf unter Berücksichtigung der vorhandenen Ferienwohnungen (etwa 12000 Einheiten) festzustellen und den Bezirken als zusätzliche Vollzeitäquivalente zur Verfügung zu stellen,
- in Abstimmung mit den für die Umsetzung zuständigen Bezirksamtsmitgliedern ein einheitliches Anforderungsprofil für die mit der Zweckentfremdungsverbotsverordnung befassten und neu einzustellenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erstellen (Aufgabenbeschreibung für die Stellenausschreibung),
- Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzubieten, die für eine sachgerechte Bearbeitung der Anträge zuständig sind oder sein werden,
- eine realistische Sachmittelausstattung (z.B. für die Vertretung vor Gericht) den Bezirken zur Verfügung zu stellen.

Stellungnahme der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Die im Antrag enthaltene Aufforderung nach Personalaufstockung und Fortbildung im Zusammenhang mit der Anwendung der Zweckentfremdungsverbot-Verordnung wurde umgesetzt.